



Soziale Ungleichheit und Schulerfolg

Trotz aller Bemühungen in Sachen mehr Chancengleichheit läuft die Entwicklung genau gegenteilig

Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg steht (nicht erst) seit der Veröffentlichung der ersten LAU-Studie im Jahre 1997 auf der bildungspolitischen Agenda. Seither ist ein Bündel von Maßnahmen ergriffen worden mit dem Ziel, die mit der sozialen Lage der Schülerschaften einhergehenden Disparitäten auszugleichen. So werden be-

reits seit Ende der 1990er Jahre Förderressourcen nach Maßgabe des Sozialindex einer Schule zugewiesen. Seit 2011 kommen ergänzende Leistungen zur Förderung von Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (BuT) nach Maßgabe des sog. „Bildungspakets“ hinzu.

Auch wenn gerade im Bildungsbereich messbare Veränderungen ihre Zeit brauchen, so kann zumindest festgestellt werden, dass sich in diesem Zeitraum die Bildungsbetei-

ligung wesentlich erhöht hat: Immer mehr junge Menschen erwerben (nicht nur) an den Hamburger Schulen höhere Abschlüsse (1997 erwarben an den allgemeinbildenden Schulen 31,0 Prozent den Mittleren Schulabschluss und 33,7 Prozent die [Fach-]Hochschulreife, 2012 waren es 24,2 Prozent und 52,8 Prozent), zunehmend weniger Schülerinnen und Schüler verlassen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss (1997: 11,3 Prozent, 2012: 6,8 Prozent).

Cluster I Stadtteil (marginalisiert)	unter 15- Jährige in Mindest- sicherung	unter 18-Jährige mit Migrations- hintergrund	Gymnasiasten in der Sekundar- stufe I	Einkommen der Steuer- pflichtigen
	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	in Euro
Dulsberg	49,8	70,5	26,7	18.927
Rothenburgsort	49,6	75,5	20,0	18.850
Steilshoop	46,4	64,9	30,8	22.107
Veddel	46,2	91,7	27,8	15.491
Billstedt	45,7	70,7	28,3	22.077
Wilhelmsburg	45,1	77,4	23,1	20.020
Jenfeld	45,0	69,7	30,6	21.916
Harburg	43,5	75,4	21,7	19.157
Hamburg insgesamt	21,8	46,0	45,5	35.887

Und das bedeutet zugleich: Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit höheren Schulabschlüssen aus unteren Sozial-schichten ist kontinuierlich gestiegen.

Dies lässt sich durchaus als Erfolg verbuchen. Denn im internationalen Vergleich hinkt Deutschland im „Akademisierungsgrad“ seiner Bevölkerung hinterher. So betrug der Anteil der Studienanfänger am Altersjahrgang im Jahr 2010 in Deutschland 42,5 Prozent, während er in Italien 49,1 Prozent, in Japan 50,7 Prozent, im Vereinigten Königreich wie auch in Österreich 63,1 Prozent, in Finnland 68,1 Prozent und in Schweden sogar 75,9 Prozent betrug.

Der politische Wille, alle Bevölkerungsschichten an dieser Entwicklung gleichermaßen teilhaben zu lassen, ist in zahlreichen „Selbstverpflichtungen“ dokumentiert. Stellvertretend sei das Londoner Kommuniqué

„Auf dem Wege zum Europäischen Hochschulraum: Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung“ aus dem Jahre 2007 der Hochschulministerinnen und -minister der am Bologna-Prozess beteiligten Länder zitiert: „Wir teilen den gesellschaftlichen Anspruch, dass die Studierenden bei ihrem Eintritt in die Hochschule, mit ihrer Beteiligung und bei Abschluss der Hochschulbildung auf allen Ebenen die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln sollte. Wir bekräftigen, dass es wichtig ist, dass Studierende ihr Studium ungehindert durch ihre sozialen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen abschließen können.“ (S. 5) Davon allerdings sind wir auch in Hamburg noch ein gutes Stück entfernt.

Als ein weiterer Schritt auf diesem Weg kann das Bestreben angesehen werden, dass alle weiterführenden Schulen

ihre Schülerinnen und Schüler zu allen schulischen Abschlüssen einschließlich des Abiturs führen. Die Anteile, die auf die jeweiligen Abschlüsse entfallen, variieren allerdings – regelungskonform – zwischen den beiden Schulformen des „Zwei-Säulen-Systems“, der Stadtteilschule und dem Gymnasium, wie auch – ungeregt – zwischen den Schulen ein und derselben Schulform.

Diese Unterschiede hängen eng mit den unterschiedlichen Lernausgangslagen, mit denen die Schülerinnen und Schüler in die weiterführenden Schulen eintreten, zusammen, die wiederum mit den unterschiedlichen sozialen Lagen der Schülerfamilien korrespondieren. Der Frage, welcher Stellenwert den sozio-demografischen Merkmalen des Einzugsgebiets einer Schule zuzumessen ist, soll in den folgenden Ausführungen und Überlegungen auf der Grundla-

Cluster II Stadtteil (gut situiert)	unter 15- Jährige in Mindest- sicherung	unter 18-Jährige mit Migrations- hintergrund	Gymnasiasten in der Sekundar- stufe I	Einkommen der Steuer- pflichtigen
	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	in Euro
Nienstedten	0,2	22,6	76,1	170.408
Othmarschen	0,5	27,2	86,3	144.399
Groß Flottbek	0,9	25,5	85,3	88.555
Blankenese	1,2	22,5	77,4	110.108
Wellingsbüttel	1,5	20,9	80,9	101.092
Sasel	1,6	20,1	67,6	54.084
Lemsahl- Mellingstedt	1,9	19,8	71,6	63.527
Wohldorf- Ohlstedt	2,0	19,6	66,0	105.305
Hamburg insgesamt	21,8	46,0	45,5	35.887



ge von Daten zur Sozialstruktur auf Ebene der Stadtteile und von Daten aus der Hamburger KESS-Studie nachgegangen werden.

Wie stark das soziale Gefälle zwischen soziodemografisch „gut situierten“ und „benachteiligten“ Einzugsgebieten innerhalb Hamburgs ist, spiegeln die Daten der aktuellen „Hamburger Stadtteil-Profil 2013“ wider, die das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein im Februar 2014 herausgegeben hat. In den beiden Tabellen auf den Seiten 32/33 sind exemplarisch für acht gut situierte und für acht marginalisierte Stadtteile jeweils der Anteil der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung („Hartz-IV-Kinder“; Stand: Dezember 2012), der Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund (Stand: 31.12.2012), der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an der Schülerschaft der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) und das mittlere Einkommen aller Steuerpflichtigen (Stand: 2007) wiedergegeben.

Während in den Stadtteilen Dulsberg und Rothenburgsort knapp die Hälfte der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung lebt, sind es in den Stadtteilen Nienstedten, Othmarschen und Groß Flottbek weniger als 1 Prozent. Und während in Wilhelmsburg mehr als drei Viertel der unter 18-Jährigen, im Stadtteil Veddel sogar 92 Prozent einen

Migrationshintergrund aufweisen, sind es in Wohldorf-Ohlstedt und Lemsahl-Mellingstedt knapp 20 Prozent. Mit 20 bzw. 22 Prozent verzeichnen die Stadtteile Rothenburgsort und Harburg den niedrigsten Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten auf der Sekundarstufe I, in Wellingsbüttel, Groß Flottbek und Othmarschen beträgt der entsprechende Anteil demgegenüber mehr als 80 Prozent. In den Stadtteilen Veddel, Rothenburgsort, Dulsberg und Harburg liegt das mittlere Einkommen aller

Stadtteilen mit ungünstiger Sozialstruktur wohnten, im Cluster I, die Schülerinnen und Schüler, die in gut situierten Stadtteilen wohnten, im Cluster II zusammengefasst (s. Tabelle 3).

Von den Viertklässlerinnen und Viertklässlern des KESS-Jahrgangs aus dem Cluster I hatten 23 Prozent eine Empfehlung für das Gymnasium erhalten, von den Viertklässlerinnen und Viertklässlern aus dem Cluster II waren es demgegenüber 56 Prozent. Am Ende der Jahrgangsstufe 8 waren es 24 Prozent der

	Cluster I	Cluster II
Gymnasialempfehlung	23 %	56 %
Gymnasialanteil in der Jahrgangsstufe 8	24 %	61 %
mehr als 100 Bücher im Elternhaus	30 %	74 %
mindestens ein Elternteil Abitur	29 %	70 %
zu Hause nur manchmal Deutsch	32 %	8 %

Tabelle 3

Steuerpflichtigen unter 20.000 Euro, in den Stadtteilen Wellingsbüttel, Wohldorf-Ohlstedt, Blankenese und Othmarschen beträgt es hingegen mehr als das Fünffache, in Nienstedten sogar über 170.000 Euro.

Diese extremen Unterschiede zwischen den Stadtteilen schlagen sich auch in der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaften der Schulen, deren Einzugsgebiete in diesen Stadtteilen liegen, ebenso wie in den Lernausgangslagen und den mittleren Lernständen im Verlauf der Schulzeit nieder, und zwar unabhängig davon, ob es Stadtteilschulen oder Gymnasien sind.

Dies lässt sich u. a. anhand ausgewählter Daten aus der Hamburger KESS-Studie veranschaulichen. Dazu wurden die Schülerinnen und Schüler des „KESS-Jahrgangs“, die in den

Schülerinnen und Schüler aus dem Cluster I, die ein Gymnasium besuchten, gegenüber 61 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus dem Cluster II. Von den Achtklässlerinnen und Achtklässlern des KESS-Jahrgangs gaben 30 Prozent aus dem Cluster I gegenüber 74 Prozent aus dem Cluster II einen Bestand von mehr als 100 Büchern im Elternhaus an. 29 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler aus dem Cluster I stammten aus Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil das Abitur erworben hat, im Cluster II waren es 70 Prozent. Und knapp ein Drittel der Achtklässlerinnen und Achtklässler aus dem Cluster I sprach mit Mutter und/oder Vater zu Hause nur manchmal oder nie Deutsch, im Cluster II waren es 8 Prozent.

Wie stark sich die soziodemografische

mografischen Merkmale eines Stadtteils resp. das „Sozialmilieu“, in dem die Schülerinnen und Schüler aufwachsen, auf ihre Kompetenzentwicklung auswirken, lassen die mittleren Lernstände der Schülerinnen und Schüler mit gleichen „Hintergrundmerkmalen“, aber aus unterschiedlichen Wohngebieten erkennen. In der folgenden Tabelle 4 sind die mittleren Lernstände der Achtklässlerinnen und Achtklässler beider Cluster in den Kompetenzbereichen Leseverständnis und Mathematik in Skalenpunkten wiedergegeben, differenziert nach dem Buchbesitz im Elternhaus (bis 100 Bücher vs. mehr als 100 Bücher), dem höchsten Schulabschluss der Eltern (höchstens Mittlerer Schulabschluss vs. Abitur) der Familiensprache (manchmal oder nie Deutsch mit einem oder beiden Elternteilen vs. meistens oder immer Deutsch mit beiden Eltern).

Den angegebenen Skalenpunkten ist – vertikal gelesen – zu entnehmen, dass sich die mittleren Lernstände der Achtklässlerinnen und Achtklässler des KESS-Jahrgangs sowohl nach dem Buchbestand im Elternhaus (als Indikator für die kulturellen Ressourcen der Fa-

milie) als auch nach dem höchsten Schulabschluss der Eltern und der Familiensprache substantiell unterscheiden. Dabei entsprechen 15 Skalenpunkte in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren.

Horizontal verglichen, zeigt sich der offenkundig hohe Einfluss der Clusterzugehörigkeit und damit der soziodemografischen Merkmale des Stadtteils, in dem die Schülerinnen und Schüler wohnen. So liegen die mittleren Lernstände der Achtklässlerinnen und Achtklässler, die in den Stadtteilen des Clusters I wohnen, bei gleichem Hintergrundmerkmal weit unterhalb der mittleren Lernstände der entsprechenden Schülergruppe des Clusters II. Der „Stadteffekt“ ist so stark, dass Schülerinnen und Schüler des Clusters I aus Elternhäusern mit hohem Buchbestand, Abitur und der Familiensprache Deutsch sich nur geringfügig unterscheiden von Schülerinnen und Schülern des Clusters II aus Elternhäusern mit geringem Buchbestand, ohne Abitur und nichtdeutscher Familiensprache.

Wie durchschlagend dieser Effekt ist, zeigt auch ein Vergleich der mittleren Lernstände in den beiden Kompetenzbereichen



Leseverständnis und Mathematik der Viertklässlerinnen und Viertklässler mit und ohne Gymnasialempfehlung (s. Tabelle 5, S. 36).

Während die gymnasialempfohlenen Viertklässlerinnen und Viertklässler aus dem Cluster I im Kompetenzbereich Leseverständnis im Durchschnitt 113 Skalenpunkte und im Kompetenzbereich Mathematik 109 Skalenpunkte erreichten, waren es bei den Gymnasialempfohlenen aus dem Clusters II 128 Skalenpunkte im Leseverständnis und 127 Skalenpunkte in Mathematik; die Effektstärken betragen -0,63 bzw. -0,72 – das entspricht dem Lernzuwachs von etwa zwei Schuljahren. Hierin zeigt

	Cluster I		Cluster II	
	Lesen	Mathematik	Lesen	Mathematik
zu Hause bis 100 Bücher Jgst. 8	122	122	136	136
zu Hause mehr als 100 Bücher Jgst. 8	139	140	153	155
kein Elternteil Abitur Jgst. 8	128	127	139	136
mindestens ein Elternteil Abitur Jgst. 8	138	137	151	155
Familiensprache nicht Deutsch Jgst. 8	122	128	131	135
Familiensprache Deutsch Jgst. 8	131	128	150	152

Tabelle 4 – 15 Skalenpunkte entsprechen in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren



sich auf der einen Seite, dass die Leistungsbewertung nicht stadt-

der jeweiligen Schülerschaft bewertet werden.

Eine Folge der im Vergleich deutlich niedrigeren Zugangsschwelle zum Gymnasium für Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Stadtteilen aber ist, dass auch die nichtgymnasialen Schulformen, jetzt Stadtteilschulen, eine deutlich leistungsschwächere Schülerschaft aufnehmen als die Schulen der nichtgymnasialen Schulformen in den gut situierten Stadtteilen. Das wiederum führt dazu, dass die Viertklässlerinnen und Viertklässler ohne Gymnasialempfehlung aus

gymnasialempfohlenen Schülerschaften beider Cluster noch höher (Lesekompetenz) bzw. gleich hoch (Mathematik) aus.

Diese Differenzen haben auch vier Jahre nach dem Eintritt in die weiterführende Schule Bestand, wie man der Tabelle 6 entnehmen kann.

Zwar haben sich die Mittelwertdifferenzen sowohl zwischen den Schülerinnen und Schülern, die eine nichtgymnasiale Schulform besuchten, als auch zwischen den Gymnasialistinnen und Gymnasiasten beider Cluster deutlich verringert (was einerseits auf Schulformwech-

	Cluster I		Cluster II	
	Lesen	Mathematik	Lesen	Mathematik
mit Empfehlung für das Gymnasium	113	109	128	127
ohne Empfehlung für das Gymnasium	83	83	100	96

Tabelle 5 – 15 Skalenpunkte entsprechen in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren

weit geltenden einheitlichen Kriterien folgt. Es scheint demnach sehr viel „leichter“, in Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Stadtteilen eine Gymnasialempfehlung zu erhalten als in Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus sozial gut situierten Stadtteilen. Auf der anderen Seite spiegelt sich hierin so etwas wie ein „Nachteilsausgleich“ wider, indem die schulischen Leistungen offenbar auch vor dem Hintergrund der sozialen Lagen

dem Cluster II mit 100 Skalenpunkten im Kompetenzbereich Leseverständnis und 96 Skalenpunkten im Kompetenzbereich Mathematik gleichfalls weit höhere mittlere Lernstände aufweisen als die Viertklässlerinnen und Viertklässler ohne Gymnasialempfehlung aus dem Cluster I, die sowohl im Leseverständnis als auch in Mathematik jeweils lediglich 83 Skalenpunkte erreichten; die entsprechenden Effektivstärken betragen -0,70 bzw. 0,72, fallen also im Vergleich mit den Leistungsunterschieden der

sel, aber vor allem auch auf kompensatorische Fördererfolge zurückzuführen ist), jedoch sind die Lernrückstände mit Effektstärken zwischen 0,35 und 0,49 weiterhin substantiell und entsprechen dem Lernzuwachs von mehr als einem bzw. eineinhalb Schuljahren.

Die erheblichen Lernrückstände bei Eintritt in die Sekundarstufe I werden bis zum Erreichen der verschiedenen Schulabschlüsse trotz teilweise beachtlicher Fördererfolge nicht aufgeholt und bilden sich schließlich auch in

	Cluster I		Cluster II	
	Lesen	Mathematik	Lesen	Mathematik
Gymnasium Jgst. 8	149	151	156	162
nichtgymnasiale Schulformen Jgst. 8	120	119	131	128

Tabelle 6 – 15 Skalenpunkte entsprechen in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren

den Abschlusszeugnissen ab. So erreichten die Abiturientinnen und Abiturienten des KESS-Jahrgangs aus dem Cluster I, die ein grundständiges Gymnasium (G 8) besucht hatten, im Durchschnitt die Abiturnote 2,64, während die Abiturientinnen und Abiturienten aus dem Cluster II die gymnasiale Oberstufe mit der Durchschnittsnote 2,25 abschlossen (Effektstärke: $d = 0,43$). Entsprechend geringer sind die Chancen der Abiturientinnen und Abitu-



rienten aus dem Cluster I, einen Studienplatz in dem gewünschten Studienfach zu erhalten.

Diese Befunde verdeutlichen, dass es nicht allein die ungünstigeren sozialen Lagen der Schülerfamilien sind, die mit geringeren Bildungschancen einhergehen, sondern dass deren Einfluss auf die Lernentwicklungen durch das Sozialmilieu des jeweiligen Wohngebiets, in dem die Kinder und Jugendlichen aufwachsen, in beachtlichem Maß negativ verstärkt werden kann. Anders gesagt: Ein Kind, das in einer Familie mit geringen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen aufwächst, hat in einem sozialstrukturell gut situierten Wohngebiet erheblich höhere Bildungschancen als ein entsprechendes Kind, dessen Familie in einem sozialstrukturell benachteiligten Wohngebiet aufwächst.

Die Befunde belegen einmal mehr, dass Gymnasium nicht gleich Gymnasium und Stadtteilschule nicht gleich Stadtteilschule ist. Entscheidend sind die Anteile an Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten oder gut situierten Wohngebieten. Die schulischen Möglichkeiten eines Ausgleichs der unterschiedlichen familiären Ressourcen sind vor dem Hintergrund der mit ihnen einhergehenden erheblichen Lernrückstände begrenzt. Dies erfahren Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Familien bei jeder Vergleichsarbeit aufs

auch weitere Anstrengungen, um anregungsarmen Sozialmilieus wirksam zu begegnen, indem Sozialräume gezielt als Bildungsräume ausgestaltet werden – eine noch so engagierte Schule allein kann die Anrengungsarmut des Sozialraums nicht kompensieren. Angesichts der immensen Unterschiede hinsichtlich der Lernvoraussetzungen, mit denen die Kinder bereits in die Grundschule eintreten, wäre auch eine weitere Intensivierung der vorschulischen Förderung von Kindern und ihren Familien wünschenswert. Ebenso wünschenswert wäre eine stärkere Ausrichtung der schulischen Curricula an den spezifischen Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler. Es macht wenig Sinn, den Unterricht nach den in den Rahmenplänen der Fächer für die verschiedenen Jahrgangsstufen angegebenen Anforderungen auszurichten, wenn die dafür erforderlichen Lernvoraussetzungen, beispielweise die sichere Beherrschung der deutschen Sprache, fehlen. Dies kann auch bedeuten, den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit und Gelegenheit zu geben, ihre Potenziale zu entfalten, und ihnen längeres Lernen zu ermöglichen.

ULI VIELUF

Neue: Die erheblichen Unterschiede in den Lernausgangslagen ihrer Schülerinnen und Schüler beider Schulformen lassen sich trotz erfolgreicher Förderkonzepte nur in begrenztem Maße ausgleichen. Anders gesagt: Die Messlatte kriterieller Vergleiche ist für betroffene Schulen in aller Regel zu hoch aufgelegt, als dass sie erreicht werden könnte.

Wünschenswert wären vor diesem Hintergrund vielfältige Maßnahmen der Quartiers- und Stadtteilentwicklung, die zu einer günstigeren sozialen Mischung führten. Zu überdenken wäre auch das „Sprengelprinzip“: An etlichen Standorten könnte durch Veränderung des Einzugsgebiets einer Schule („Schulsprengel“) eine günstigere soziale Zusammensetzung der Schülerschaft erreicht werden. Wünschenswert wären



Zeitbombe tickt



Der Senat ignoriert und leugnet die wachsenden Probleme im Zusammenhang mit der Segregation

Der Hamburger Senat hat nach langem Zeitraum der Fachöffentlichkeit wiederum einen Sozialbericht (der letzte Bericht stammte aus dem Jahr 2007) vorgelegt. Mit diesem Sozialbericht, der die Lebenslagen insbesondere der Hamburger Familien und Senior_innen darstellt, soll eine empirische Grundlage für den Diskurs über Handlungskonzepte und Handlungsoptionen in der Arbeits- und Sozialpolitik und deren Anpassung an soziodemographische und andere gesellschaftliche Entwicklungen geliefert werden. Das wunder schöne Ergebnis: die Hansestadt braucht eigentlich gar keinen Armuts- und Reichtums- oder Lebenslagenbericht. Die Stadt hat auch keine Handlungskonzeptionen in Sachen Arbeits- und Sozialpolitik nötig: denn „die vorgelegten Studien zeigen, dass weite Teile der Hamburger Bevölkerung an Bildung und Arbeit teilhaben und ökonomisch abgesichert sind. Die Bevölkerung wie auch der Lebensstandard in Hamburg wachsen; immer mehr Menschen haben Zugang zu höherwertiger Bildung gefunden und damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Teilhabe an

Arbeit und Wohlstand erhalten“. Die zentrale These des SPD-Senats: 90 Prozent der Hamburger Bevölkerung geht es gut. Armut und soziale Spaltung sind daher für die politische Führung keine Herausforderung.

Gegen dieses „Sonntagbild“ steht die empirische Anschauung bei jedem Stadtspaziergang: die Armut ist in vielen Quartieren in den letzten Jahren deutlich sichtbar geworden. Und: Immer wieder beklagen die Hamburger Bezirke und die Medien Ärztemangel und Unterversorgung in etlichen Stadtteilen. So fehlen in Horn und Wilhelmsburg Kinderärzte, Steilshoop, Tonndorf und Hamm brauchen dringend mehr Hausärzte. Ende letzten Jahres hatte ein von Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt, dass einkommensschwache Stadtteile deutlich unterversorgt sind. Die Kritik setzt die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg (KV) unter Druck. Der KV-Vorsitzende musste sich bereits vor den Bezirksversammlungen von Bergedorf, Harburg und Altona rechtfertigen.

Der sozialstatistische Faktencheck zeigt darüber hinaus: Wir sind in Hamburg trotz guter ökonomischer Rahmenbedingungen (BIP, Steuermehreinnahmen) in den letzten Jahren mit einer Verfestigung, z.T. sogar Ausweitung der sozialen Kluft in der Hanse-

stadt konfrontiert.

Armut wächst trotz Wirtschaftswachstum

Der Anteil der Menschen, die arm sind, hat in Hamburg in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Hamburg nähert sich in großen Schritten dem durchschnittlichen Armutsniveau in Deutschland. 2012 waren 14,8% der Bevölkerung von Armut betroffen, das waren etwa 260.000 Bürger_innen. Bezieht man die hohen Lebenshaltungskosten in der Stadt mit ein, waren es sogar 17,7% (etwa 310.000).

Und die soziale Polarisierung ist in Hamburg besonders stark ausgeprägt. Dies zeigt der Gini-Koeffizient, der die soziale Ungleichheit misst. Er liegt in Hamburg mit einem Wert von 0,32 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Hier ist Hamburg Spitze!

Wachsende Altersarmut

Wegen der Absenkung des Renteniveaus und der Ausbreitung nicht die Existenz sichernder Beschäftigungsverhältnisse wird Altersarmut auch in Hamburg ein immer drängenderes Problem. Der SPD-Senat leugnet oder ignoriert dies hartnäckig. – siehe Sozialbericht und Demografiekonzept Hamburg 2030.

Dabei ist Hamburg beim Anteil der Bezieher_innen von Grundsicherungsleistungen im Alter schon „Hauptstadt“ der Altersarmut. 6,2% der Bür-

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Wirtschaftswachstum	0,7	2,1	2,2	3,8	-1,9	1,7	0,3	1,2
Armutsgefährdungsquote	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
SGB II-Quote	13,4	14,4	14,3	14,0	13,7	13,7	13,0	12,3

ger_innen, die älter als 64 Jahre sind, sind in Hamburg auf diese Sozialleistung angewiesen. Der Bundesdurchschnitt lag demgegenüber bei 2,7%.

Und es ist sicher wie das Amen in der Kirche, dass sich die Zahl der auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Senior_innen in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen wird, wir vielleicht am Ende dieses Jahres schon eine Quote von 7,0% erreichen.

Diese Dynamik wird vor allem auch auf Bezirks- und Stadtteilebene sichtbar (die den Senator offensichtlich gar nicht interessiert). Denn die (kontinu-

eingebunden. So finden sich die Hamburger_innen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, vor allem in den armen Quartieren. So waren im Bezirk Mitte 2012 10,7% (ggb. 2008 + 1,8%) der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, auf Grundsicherung angewiesen. Im Hamburger Durchschnitt waren es »nur« 6,2%. Besonders hoch ist der Anteil in den Stadtteilen Neuallermöhe (18,9%), Jenfeld (15,6%), Altona-Altstadt (14,8%), Dulsberg (14,3%) und Harburg (13,0%).

Hinzu genommen werden muss, dass wesentlich mehr ältere Bürger_innen von Armut

Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert an zwischen 0 bei einer gleichmäßigen Verteilung und 1, wenn nur eine Person das komplette Einkommen erhält (d.h. bei maximaler Ungleichverteilung), an. Bei einer gleichmäßigen Verteilung – dem Wert 0 also – in einem Staat heißt das, dass das Einkommen eines jeden gleich hoch ist. JG

der Anteil der von Armut betroffenen aber bei 11,7%. Der Hinweis, dass die Hamburger Armutsquote bei den Senior_in-

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen¹⁾

Land	Jahr							
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Hamburg	0,32	0,31	0,32	0,32	0,33	0,32	0,32	0,32
Deutschland	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29

¹⁾ Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.

ierlich Jahr für Jahr) wachsende Zahl der von Altersarmut betroffenen Bürger_innen ist in die für Hamburg charakteristische sozial-räumliche Polarisierung

betroffen sind als die, die Sozialleistungen beziehen, denn der Anteil der Grundsicherungsbezieher_innen bei den über 64-Jährigen lag 2012 bei 6,2%,

nen niedriger ist als im Bundesdurchschnitt, ist zwar richtig. Unter den Tisch fällt dabei allerdings, dass die Altersarmut in Hamburg in den letzten Jahren

Armutsgefährdungsquote¹⁾ in Hamburg nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Jahr							
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Insgesamt in % gemessen am Bundesmedian	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
Rentner/-innen und Pensionäre/ Pensionärinnen	7,6	5,9	7,0	7,2	8,0	8,1	9,9	11,7
Anteil der SeniorInnen mit Grundsicherungsleistungen		4,7	5,0	5,2	5,3	5,5	5,8	6,2
Zum Vergleich: Bundesdurchschnitt								
Rentner/-innen und Pensionäre/ Pensionärinnen	10,7	10,3	11,2	12,1	12,1	12,6	13,8	14,3
Anteil der SeniorInnen mit Grundsicherungsleistungen		2,3	2,4	2,5	2,4	2,4	2,6	2,7



deutlich stärker zugenommen hat als im Bund, der Abstand zwischen Bund und Hamburg also deutlich geringer geworden ist. Betrug er 2006 noch 4,4%, waren es im Jahr 2012 nur mehr 2,6%.

Es gehört angesichts der politischen Ignoranz auf Bundes- wie Landesebene gegenüber dem Problem der Altersarmut nicht viel Phantasie dazu vorherzusagen, dass sich die Zahl der Grundsicherungsbezieher_innen wie die der armen Alten insgesamt in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen wird. Die Schönfärberei und Ignoranz des SPD-Senats und Senator Scheeles ist angesichts dieser eindeutigen Entwicklungstendenz bemerkenswert.

Kindarmut ist kein Randproblem

Kinder und Jugendliche sind besonders von Armut betroffen – auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren leicht rückläufig waren. So lag die Quote der Kinder unter 15 Jahren, die mit ihren Eltern Leistungen zur Grundsicherung erhalten, mit 21,1% in 2012 fast doppelt so hoch wie die der Leistungsbezieher_innen insgesamt (12,4%). Dies betraf knapp 50.000 Kinder und Jugendliche. Noch ungünstiger stellt sich die Lage für Kinder bis sieben Jahre in Hamburg dar. Von ihnen lebt mit 22,0% deutlich mehr als jedes fünfte

Kind in Armut. Bei den Kindern und Jugendlichen im Alter von 8-18 Jahren nimmt die Hilfebedürftigkeit bei einer Quote von 20,8% in 2012 nur unwesentlich ab.

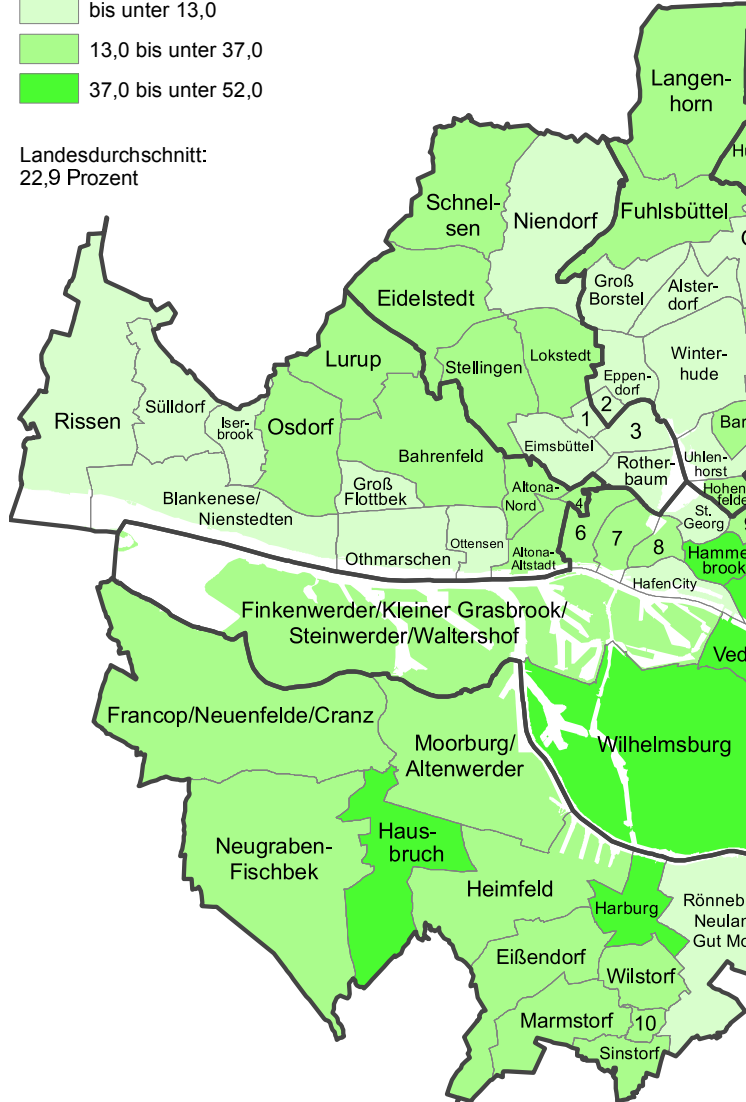
Armut ist also auch in Hamburg in erster Linie ein Problem für Haushalte mit Kindern. Kin-

derarmut ist ein Armutsproblem der Eltern. Es zeigt sich aber bei genauerem Hinsehen, dass das Risiko, armutsgefährdet zu sein, mit der Kinderanzahl, die in einem Haushalt lebt, deutlich steigt. Haushalte mit drei und mehr Kindern fallen häufig unter die Armutschwelle, auch wenn

Anteil der Empfänger_innen von Sozialleistungen der Altersgruppe 0 bis unter 7 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung in Prozent

- bis unter 13,0
- 13,0 bis unter 37,0
- 37,0 bis unter 52,0

Landesdurchschnitt:
22,9 Prozent



© Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

sie voll erwerbstätig sind. Da die Kinderzahl in Haushalten mit Migrationshintergrund (noch) deutlich höher liegt, gilt dies hier besonders. Auch von Arbeitslo-

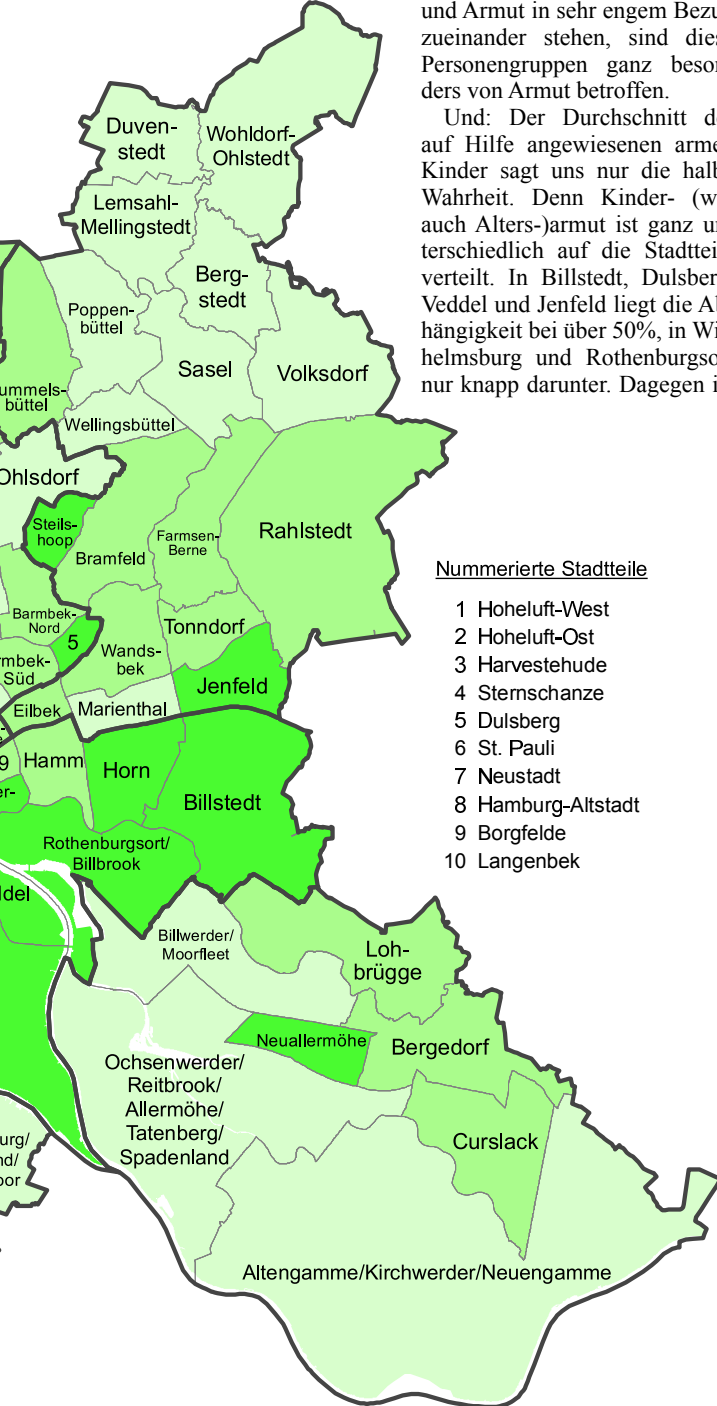
sigkeit sind Haushalte mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich betroffen – ebenso wie Alleinerziehendenhaushalte mit Kindern. Da Arbeitslosigkeit und Armut in sehr engem Bezug zueinander stehen, sind diese Personengruppen ganz besonders von Armut betroffen.

Und: Der Durchschnitt der auf Hilfe angewiesenen armen Kinder sagt uns nur die halbe Wahrheit. Denn Kinder- (wie auch Alters-)armut ist ganz unterschiedlich auf die Stadtteile verteilt. In Billstedt, Dulsberg, Veddel und Jenfeld liegt die Abhängigkeit bei über 50%, in Wilhelmsburg und Rothenburgsort nur knapp darunter. Dagegen ist



die Hilfequote in den Elbvororten, im Alstertal und den Waldhöfen deutlich unterdurchschnittlich.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass Hamburg in vielfältiger Hinsicht eine gesplante Stadt ist. Neben Stadtteilen, in denen kaum Kinder aufwachsen, gibt es Stadtteile, in denen sich die Zahl dort lebender Kinder, Armut und Sozialhilfebezug,



Nummerierte Stadtteile

- 1 Hoheluft-West
- 2 Hoheluft-Ost
- 3 Harvestehude
- 4 Sternschanze
- 5 Dulsberg
- 6 St. Pauli
- 7 Neustadt
- 8 Hamburg-Altstadt
- 9 Borgfelde
- 10 Langenbek

Soziale Spaltung in Hamburg



Prekäre Beschäftigung Hartz IV, sozial-räumliche Polarisierung, Kinderarmut, Altersarmut. *Mit Beiträgen von Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Bernhard Müller.* Bezugsquellennachweis: www.nord-links.de

schlechte Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Haushalte mit Migrationshintergrund konzentrieren.

Hamburg: Einwanderermetropole

Die meisten Ausländer je 1000 Einwohner leben mit 134,1 in Hamburg und mit 131,2 in Berlin. Migration, Einwanderung,



kulturelle Vielfalt und die Erfahrung von Fremdheit im unmittelbaren Umfeld sind konstitu-

rant_innen ohne deutschen Pass Sozialleistungen zur laufenden Lebensführung (SGB II-Leistungen; laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Regelleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz) bezogen. Während von den EU-Staatsangehörigen fast 12% Sozialleistungen erhielten, betrug die Quote bei den anderen Nationalitäten zusammen 35%. Von den Deutschen bezogen gut 10% Hilfeleistungen, in der Gesamtbevölkerung belief sich die Quote auf knapp 13%.

Die besonders stark ausge-

samtquote von 7,7%. Auch im Vorjahresvergleich hat sich die Arbeitslosigkeit von Migrant_innen mit 8,8% besonders markant erhöht. Zur Situation der Migrant_innen gehört zudem, dass ihre Erwerbsquote deutlich niedriger ist als im Durchschnitt. So sind nur knapp 68% der zugewanderten Erwerbspersonen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, während es im Durchschnitt etwa 90% sind.

Armut, und damit Abhängigkeit von Sozialleistungen, ist bei Migrant_innen besonders stark ausgeprägt. Knapp 34% erhalten SGB-II-Leistungen. Besonders dramatisch die Si-

Armutsgefährdung und Hilfequote (Hartz IV-System) von Kindern in Hamburg

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹⁾
ALG II Quote HH	14,3	14,3	14,0	13,7	13,7	12,9	12,4	12,2
<i>zum Vergleich ALG II Quote Bund</i>		<i>11,0</i>	<i>10,5</i>	<i>10,3</i>	<i>10,3</i>	<i>9,8</i>	<i>9,5</i>	<i>9,5</i>
Hilfequote Kinder (unter 15 Jahren)	23,8	24,3	24,0	22,9	22,8	21,7	21,1	20,8
<i>zum Vergleich Hilfequote Kinder Bund</i>		<i>16,7</i>	<i>16,3</i>	<i>15,7</i>	<i>15,9</i>	<i>15,2</i>	<i>15,0</i>	<i>15,1</i>
Armutsgefährdung unter 18 Jahren	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7	19,9	22,0	21,3
<i>zum Vergleich Bund</i>	<i>19,5</i>	<i>18,6</i>	<i>18,4</i>	<i>18,4</i>	<i>18,7</i>	<i>18,2</i>	<i>18,9</i>	<i>18,9</i>

tiv für moderne Gesellschaften. Dies gilt gerade für Hamburg.

Information, Bildung und umfassende Integrationskonzepte bleiben weiterhin die Großbaustelle der deutschen Integrationspolitik. Gerade auch in Hamburg gibt es trotz jahrelanger Debatten darüber auf diesem Gebiet noch immer zu wenig Fortschritte. In einem Stadtstaat, der überdeutlich ökonomisch, sozial und politisch als Einwanderungsgesellschaft ausgewiesen ist, fehlt es immer noch an einem umfassenden Integrationskonzept, mit dem die sozialen Unterschiede und unterschiedlichen Startchancen ausgeglichen werden könnten.

Am Jahresende 2012 haben laut Statistikamt Nord in Hamburg gut 27% aller Mig-

präge Abhängigkeit der Migrant_innen von Sozialleistungen ist Teil der sozialen Spaltung der Stadt. Migrant_innen haben

tuation bei Kindern: 44% der Kinder aus Migrantenfamilien beziehen Sozialgeld, sind also arm. Auch Altersarmut ist bei

Kinderarmut in ausgewählten Stadtteilen

Stadtteil	Im Alter 0-7	In Prozent
Billstedt	2.444	48,4
Wilhelmsburg	1.976	45,9
Hausbruch	404	35,8
Hamburg	24.951	22,0

in allen Lebensbereichen mit besonderen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung zu kämpfen, sei es bei der Ausbildung oder am Arbeitsmarkt. Sie sind besonders oft arbeitslos und/oder arm. Ihre Arbeitslosenquote liegt mit 15,8% mehr als doppelt so hoch wie die Ge-

Migrant_innen ein aufwachsendes Problem. Während in 2011 im Durchschnitt 5,9% der über 64-Jährigen auf Grundsicherung im Alter angewiesen waren, betraf dies bei den Migrant_innen über 25%.

Hinzu kommt, dass die Migrant_innen nicht gleichmäßig

verteilt über die Stadt wohnen, sondern dass sie mit ihren Wohnorten eingebunden sind in die typische sozial-räumliche Polarisierung in Hamburg. So lebt fast ein Viertel aller Hamburger EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund im Bezirk Hamburg-Mitte; ihr Anteil an der Bevölkerung dort liegt bei 45%. Ebenso wohnen in Harburg anteilig viele Menschen mit Migrationshintergrund (38%). In den Bezirken Hamburg-Nord und Eimsbüttel liegt die Quote dagegen bei unter 25%.

Auch innerhalb der Bezirke gibt es große Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Billstedt, Wilhelmsburg und Rahlstedt sind die Stadtteile mit den absolut meisten Personen mit Migrationshintergrund. Die höchsten Anteile an der Bevöl-

Der Reichtum

Betrachtet man die Verteilung des Gesamteinkommens, zeigt sich nicht nur die besonders ungerechte Verteilung in Hamburg: Auf die oberen 20% der Haushalte entfallen hier 52,2% des Gesamteinkommens – und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (50,2%) – während sich die unteren und mittleren Haushalte mit geringeren Anteilen am Einkommenskuchen begnügen müssen.

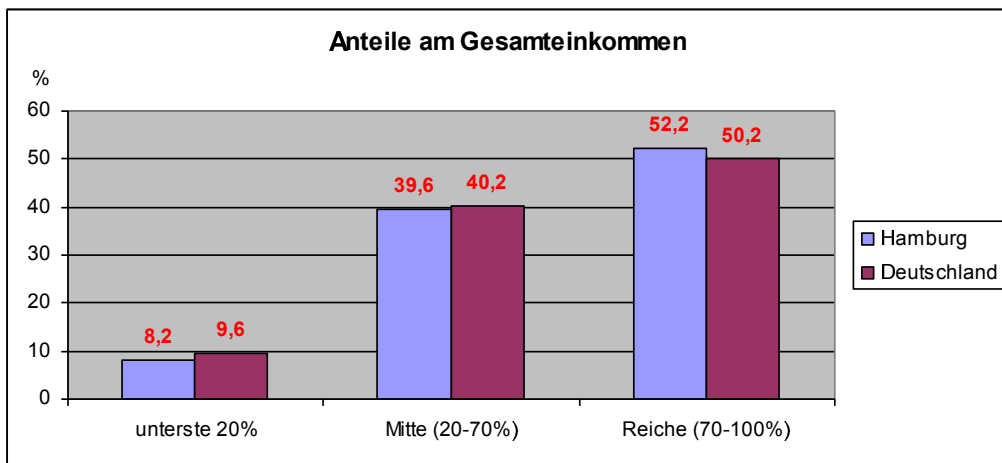
Diese in Hamburg besonders ausgeprägte Polarisierung in der Einkommensverteilung geht einher mit einem Schrumpfen der mittleren Einkommenslagen, d.h. einer Erosion der »gesellschaftlichen Mitte«. Sie führt zu einer massiven Ausbreitung von Abstiegsängsten, weil ein Teil der mittleren Haushalte in pre-



bekannt – in Hamburg besonders ungleich ist, mit steigender Tendenz.

Sozial-räumliche Polarisierung

Die charakteristische Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und



kerung finden sich mit über 70% in Billbrook und auf der Veddel sowie mit 61% in Neuallermöhe. Entsprechend bündeln sich die sozialen Problemlagen am stärksten in diesen Stadtteilen und Quartieren. Vergleichsweise wenige Personen mit Migrationshintergrund leben dagegen in den anderen Stadtteilen der Vier- und Marschlande, wo sie deutlich weniger als zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen.

käre Arbeits- und Lebensverhältnisse abrutscht.

Die im Durchschnitt höheren Medianeinkommen in Hamburg müssen auch vor dem Hintergrund hoher Lebenshaltungskosten bewertet werden. Vor allem steigende Mieten belasten die unteren und mittleren Einkommen deutlich stärker als die hohen Einkommen.

Was hier nicht behandelt wird, ist die ungleiche Vermögensverteilung, die – wie allgemein

Jobs mit niedrigem Einkommen sowie die Verfestigung von Armutsstrukturen spiegeln sich also in Hamburg in einer sozial-räumlichen Verteilung besonders stark wider. Armut und Reichtum verteilen sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, sondern finden sich mehr oder weniger konzentriert in Quartieren oder städtischen Regionen, die immer stärker gegeneinander abgeschottet sind. »Wir erleben eine räumliche Bevölkerungsum-



verteilung, die unterschiedliche soziale Gruppen freiwillig oder gezwungenermaßen, je nach ihren Mitteln und Möglichkeiten, zusammenbringt. Diese Neuordnung des Raums nach dem Prinzip des »Unter-sich-Bleibens« führt auch zu einer Umgestaltung der von ihnen zu bewältigenden Probleme. Dies gilt nicht nur auf dem Wohnungssektor, sondern auch beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Sozialleistungen, sie bestimmt ihre Fähigkeit, in mehr oder weniger gesicherten Verhältnissen zu leben, ihre beruflichen Chancen oder die Qualität der Schulbildung und die Zukunft der Kinder und so weiter.« (Castel)

Obwohl es Hamburg wirtschaftlich relativ gut geht, verhärtet sich die soziale Spaltung. So werden ältere Menschen, Arme und Migrant_innen durch steigende Mieten an den Stadtrand gedrängt – diese Dynamik entsteht durch die Aufwertung »kreativer Viertel«. Und wer in einem »Problemstadtteil« wohnt, hat oft allein deshalb Probleme.

Vor allem eine wachsende Zahl von Haushalten mit sehr niedrigem Einkommen führt zu

einer stärkeren Konzentration dieser Haushalte in den Gebieten der Stadt, in denen die Mietpreise niedrig sind. Das sind unsanierte Bestände in innerstädtischen Altbaugebieten und andere Quartiere mit niedriger Wohnqualität, die ein geringes Sozialprestige haben. Charakteristisch daher auch beim Wohnen die Präferenzen für bestimmte Stadtteile. Fast ein Viertel der Menschen mit Wurzeln im Ausland lebt im Bezirk Mitte. Ihr Anteil der Bevölkerung liegt dort bei 45%. Auch in Harburg wohnen anteilig viele Menschen mit Migrationshintergrund, nämlich 38%. Mit 25% niedriger ist ihr Anteil in den Bezirken Nord und Eimsbüttel. Auch innerhalb der Bezirke gibt es große Unterschiede zwischen den Stadtteilen: Billstedt, Wilhelmsburg und Rahlstedt sind die Stadtteile mit den absolut meisten Menschen anderer Ursprungsländer. Die höchsten Anteile gemessen an der Bevölkerung finden sich mit mehr als 70% in Billbrook und auf der Veddel sowie mit 61% in Neuallermöhe.

Auslaufen der Programme zur sozialen Stadtentwicklung

In früheren Regierungen – also unter vorsozialdemokratischen Mehrheiten – wurde die soziale Spaltung Ernst genommen. Es ließ und lässt sich nicht bestreiten, dass es eine Tendenz zur Verfestigung sozialer Spaltung gibt. Es wurden Programme für die integrierte Stadtteilentwicklung erarbeitet. Sozialen Entmischungsprozessen und der Konzentration sozial belasteter Gruppen sollte damit entgegen gewirkt werden.

Es handelte sich um ein be-

hördenübergreifendes, zunächst zeitlich begrenzt angelegtes Gesamtkonzept, mit dem schwerpunktmäßig benachteiligte Viertel in den Fokus gerückt wurden. „Auch in Hamburg gibt es Stadtteile, in denen überdurchschnittlich viele Menschen leben, bei denen sich soziale Risiken so bündeln, dass sie in der Gefahr stehen, von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Diese benachteiligten Stadtteile sind durch eine hohe Konzentration sozialer Probleme und durch multiple Problemlagen gekennzeichnet.“ Als Reaktion auf diese Tendenz der sozialen Spaltung war 2007 das Programm „Lebenswerte Stadt“ aufgelegt worden; die GAL hatte in den Koalitionsverhandlungen eine quantitative Ausweitung und eine Erweiterung des Handlungsansatzes durchgesetzt.

Weitgehend unbestritten war die folgende RISE-Situationsbeschreibung: „Es gibt in Hamburg eine langjährige Tradition, den aufgezeigten sozialen Desintegrations- und Marginalisierungsprozessen entgegenzusteuern, nicht nur seitens der Stadt, die – auch mit ihren Wohnungsbaugesellschaften – seit vielen Jahren eine aktive soziale Stadtteilentwicklung und eine umfangreiche soziale Infrastruktur betreibt, sondern auch seitens einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen, namentlich der Kirchen, Kammern und Gewerkschaften, vieler Vereine und ehrenamtlicher Akteure, der Wohnungswirtschaft und vieler anderer, die sich um die Integration benachteiligter Menschen und Gruppen bemühen. Hamburg betreibt seit vielen Jahren mit Hilfe verschie-

Haushaltsrestposten	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Netto-Einkünfte	10,1	10,8	10,8	10,8	11,0	11,0	11,4	11,3	11,2	10,9	11,8	14,0	14,9	16,9	18,9
Verfügbare Netto-Einkünfte	11,8	12,9	13,4	13,1	13,2	13,3	13,7	13,5	13,2	12,9	13,8	16,0	16,7	18,7	20,9
Gesamtwahl	11,7	12,7	13,1	13,2	13,3	13,4	13,7	13,5	13,2	12,9	13,8	16,0	16,7	18,7	20,9

Entwicklung der Gesamtmittel der Integrierten Stadtteilentwicklung (Haushaltsansätze und übertragene Haushaltsreste des Vorjahres) 2000 – 2014, Angabe in Mio. €

dener Förderprogramme des Bundes und der EU – darunter insbesondere die Programme der Städtebauförderung – die Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Gebieten.“

Sonderlich erfolgreich waren diese Programme in der Vergangenheit jedoch nicht. Dies liegt zum einen an der mangelnden finanziellen Ausstattung, zum anderen aber auch daran, dass den kumulativen Problemlagen unzureichend Rechnung getragen wurde. Ein aus meiner Sicht wichtiges Beispiel dafür ist Wilhelmsburg. Jahrzehnte ist dieser Stadtteil mit seinen vielfältigen städtebaulichen, sozialen und kulturellen Problemen sich selbst überlassen worden. Der seit 2003 gesetzte Schwerpunkt „Sprung über die Elbe“ wird aber nicht als Kurswechsel, sondern von größeren Teilen der Bevölkerung als Mittel zur Verdrängung wahrgenommen. Der vermeintliche Sprung über die Elbe realisiert sich – zusammen mit den HafenCity-Planungen – als weiteres Leuchtturmprojekt, das für die Bevölkerung vor allem mit neuen Verkehrsbelastungen und Mieterhöhungen einhergeht, statt deren Lage zu verbessern.

Ausgangspunkt für die Konzeption einer integrierten Stadtteilentwicklung ist, dass es in bestimmten Stadtteilen „auf Grund kumulativer sozialer Problemlagen zu einer zunehmenden Desintegration und Marginalisierung von großen Teilen der Bewohnerschaft“ gekommen ist. Das Programm ist daher daran zu messen, inwieweit es

- a) die festgestellten „sozialen Entmischungsprozesse“ (Segregation) aufhalten bzw. zurückdrehen kann,
- b) die Situation der benachteiligten Quartiere und speziell die Lebenslage der dort wohnenden Menschen konkret und nachhaltig verbessern kann,
- c) die Möglichkeiten der Trans-

parenz von Prozessen sowie die reale Beteiligung von betroffenen Bürger_innen verbessert.

Positiv war, dass für die Erfassung und Bewertung bezüglich der Benachteiligung von Stadtteilen vielschichtige Kriterien angegeben werden, die zugleich einen multidimensionalen Blick auf die Verhältnisse und etwaige Projekte und Maßnahmen eröffnen. Die so genannten „thematischen Handlungsfelder“, in denen die Integrierte Stadtteilentwicklung betrachtet und realisiert werden soll, umfassen alles, was relevant ist: Beschäftigung/Qualifizierung/Ausbildung, lokale Ökonomie, Bildung, Familienförderung, Wohnen/lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Kultur im Stadtteil, Gesundheitsförderung, Umwelt und Verkehr, Sicherheit/Kriminal- und Gewaltprävention, Sport und Freizeit.

All diese Aspekte in einem Stadtteil gleichzeitig und integrativ zu bedenken, zu erörtern und zu entwickeln, setzt ein hohes Einfühlungs- und Reflexionsvermögen voraus, wird aber der Vielschichtigkeit von Armut und Benachteiligung zweifelsfrei gerechter als eine eindimensionale Verbesserung in dem einen oder anderen Bereich. Der sozialräumliche Blick war für alle Beteiligten ein Lernprozess.

Dennoch bleibt hervorzuheben, dass die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse, das nach wie vor anhaltende Auseinanderdriften von vielen Menschen mit (noch) weniger Geld auf der einen Seite und einer kleinen bzw. noch kleiner werdenden Schicht mit sehr viel Reichtum auf der anderen Seite ein unzumutbarer Zustand sind. Nur eine andere Steuerpolitik und eine drastisch verschärfte Kontrolle von Steuerflucht etc. könnte hier Abhilfe schaffen.



Angesichts des steigenden Mangels an Wohnraum, nicht ausreichender Ausbildungs- und Arbeitsplätze, der Zunahme von Einkommensarmut und der wachsenden Anzahl derer, die in Altersarmut leben, sind die unter dem Titel integrierte Stadtteilentwicklung vorgestellten Instrumente allenfalls geeignet, die Symptome der aus einem gesellschaftlich unausgewogenem System resultierenden, sozialräumlichen Probleme in Ansätzen zu mindern. Keinesfalls stellen sie Lösungen für die gesellschaftlichen Problemstellungen dar.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung kann man eigentlich nur von einem politischen Skandal sprechen, wenn man sich die Budgetkürzungen ansieht (s. Tabelle). Vom Höhepunkt des Mitteleinsatzes für die soziale, integrierte Stadtteilentwicklung im Jahr 2010 geht es steil bergab.

Der Vorteil der sozialdemokratischen Ignoranz: im Zeitalter der Schuldenbremse lassen sich auch diese Ressourcen einsparen. Nach dem Motto: Hamburg hat keine sozialen Probleme und braucht auch keine sozialpolitischen oder stadtentwicklungspolitischen Anstrengungen. Es braucht nicht viel Weitsicht, um festzustellen, dass hiermit eine Zeitbombe gelegt wird.

JOACHIM BISCHOFF
PUBLIZIST



VERMÖGENSVERTEILUNG

Geradezu obszön

Trauriger Rekord: In keinem anderen Euro-Land ist das Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland

Die Schere zwischen denen, die viel Geld besitzen und denen, die gar keines haben, wird dabei immer größer, wie die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom März d. J. zeigt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt demnach ein persönliches Vermögen im Wert von mindestens 800.000 Euro. Dagegen verfügt gut ein Fünftel aller Erwachsenen über gar kein Vermögen. Bei rund sieben Prozent seien die Schulden größer als der Besitz.

Studienautor Markus Grabka geht davon aus, dass seine Ergebnisse dabei nur einen Teil der Realität abbilden. Die Wirklichkeit sehe noch verheerender aus, sagt er. Man müsse davon ausgehen, dass die Stichprobe das Ausmaß der Vermögensungleichheit unterschätzt, weil ganz besonders Vermögende wie Multimillionäre oder Milliardäre fehlten. Der sogenannte Gini-Koeffizient, der die Vermögensungleichheit misst und international vergleichbar macht, liegt in Deutschland bei 0,78. Bei einem Wert von eins ist die Ungleichheit maximal, bei Null minimal ausgeprägt. Zum Vergleich: In Frankreich liegt der Wert bei 0,68, in Italien bei 0,61.

Drastisch ist es für Arbeitslose bergab gegangen. Lag das durchschnittliche Nettovermögen 2002 noch bei etwa 30.000 Euro, sind es zehn Jahre später nur noch 18.000 Euro. „Das ist die einzige soziale Gruppe, die in den letzten zehn Jahren signifikant Vermögen eingebüßt hat“, sagt Grabka, der die Ursache in den Hartz-IV-Gesetzen sieht. Bevor Arbeitslosengeld II ausbezahlt wird, muss in Deutschland der größte Teil des privaten Vermögens aufgebraucht sein. Die Folge: Fast zwei Drittel der Menschen ohne Arbeit hatten im Jahr 2012 unter dem Strich kein Vermögen oder sogar Schulden.

Nach den aktuellen Zahlen, die sich auf das Jahr 2012 beziehen, haben Männer mehr Vermögen als Frauen und Menschen im Westen Deutschlands mehr als doppelt so viel Geld wie diejenigen in den neuen Bundesländern. Das durchschnittliche Nettovermögen der Westdeutschen lag laut der Studie 2012 bei 94.000 Euro, im Osten bei 41.000 Euro. Männer besaßen im Schnitt 97.000 Euro, Frauen 27.000 weniger.

Quelle: ZEIT-online 24.4.2014

Da Hamburg mit circa 30 Prozent seiner Wirtschaftskraft über dem Bundesdurchschnitt liegt, dürfte man getrost auf die Zah-

len diesen Anteil aufschlagen. Dass Hamburg die Stadt mit den meisten Millionären ist, ist bekannt (JG).

Dazu ZEIT-online am 7.4.2014:

Allein 42.000 Millionäre leben in der alten Hansestadt. Nirgendwo in Deutschland ist die Millionärsdichte höher. Knapp 1.000 Hamburger verdienen mehr als eine Million Euro pro Jahr. Und sogar elf Milliardäre sind bekannt, die Hamburg als Hauptwohnsitz nennen, hier geboren wurden oder ihre Unternehmen von hier lenken. Jeder achte Hamburger gilt als reich. (...) Armut ist jedoch leichter zu definieren als Reichtum. Viele Menschen, die der Statistik nach als reich gelten, sortieren sich in Umfragen selber als Mittelschicht ein. Der Reichtum mancher Familie besteht vor allem aus einem großen Haus mit üppigem Grundstück in bester Wohnlage. (...) Bei den 500 Deutschen, die das *Manager Magazin* in seiner Liste der reichsten Deutschlands führt, ist das anders. Unter ihnen finden sich zahlreiche Hamburger – auch unter den Superreichen. Zu Letzteren zählt das *Manager Magazin* beispielsweise Michael und Alexander Otto, Erben des Versandhaus-Gründers. Mit einem geschätzten Gesamtvermögen von 8,6 Milliarden Euro liegen die Ottos auf Platz 1 der reichsten Hanseaten.

